

PA: Syrien: UNO - Sicherheitsrat darf Hilfe für Bevölkerung nicht einstellen

Neuer Bericht von Amnesty International dokumentiert schwere Kriegsverbrechen im Nordwesten Syriens. Tote und Verletzte, darunter Schüler*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen: Amnesty veröffentlicht detaillierte Untersuchung von 18 Luft- und Bodenangriffen auf Schulen und Spitäler.

- Belege für Russlands direkter Beteiligung an Kriegsverbrechen
- [Bericht zum Download](#), Satellitenbilder unter diesem [Link](#), Videomaterial (B-Roll) auf Anfrage

London/Wien, am 11. Mai 2020 . In zwei Monaten droht eine UNO-Resolution auszulaufen, die die Einführung von Hilfsgütern für die Bevölkerung von Idlib über die Grenzen im Nordwesten Syriens ermöglicht. Angesichts von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Region muss der UNO-Sicherheitsrat sicherstellen, dass diese lebenswichtige Unterstützung für die Menschen in Syrien nicht eingestellt wird. Das fordert Amnesty International bei der Vorstellung eines neuen Berichts, der schwere Kriegsverbrechen im Nordwesten Syriens dokumentiert.

Die Recherchen der Menschenrechtsorganisation belegen 18 Fälle – die meisten aus der Zeit zwischen Jänner und Februar 2020 –, in denen syrische und/oder russische Regierungstruppen gezielt Angriffe gegen medizinische Einrichtungen und Schulen in Idlib, West-Aleppo und im nordwestlichen Gouvernement Hama verübt haben.

Aufgrund der Angriffe mussten bis zum Waffenstillstand am 5. März 2020 nahezu eine Million Menschen in Idlib fliehen. Viele von ihnen waren bereits zuvor mehrfach vertrieben worden und

mussten in den vergangenen Monaten unter erbärmlichen Bedingungen leben.

„Selbst gemessen an den katastrophalen Bedingungen, die durch die seit neun Jahren andauernde Krise in Syrien herrschen, sind die Vertreibung und die humanitäre Katastrophe beispiellos, die nun durch den jüngsten Angriff ausgelöst wurden“, sagt Heba Morayef, Direktorin für die Region Nahost und Nordafrika bei Amnesty International, und sagt weiter: „Der UNO-Sicherheitsrat darf jetzt nicht die lebenswichtige grenzüberschreitende humanitäre Hilfe unterbrechen, von der Tausende Menschenleben abhängen.“

„Die jüngste Offensive setzt die abscheuliche Reihe systematischer Angriffe fort, durch die die Zivilbevölkerung terrorisiert werden soll. Derweil unterstützt Russland nach wie vor das syrische Regime militärisch – auch mit rechtswidrigen Luftschlägen – obwohl es Beweise gibt, dass Russland damit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des syrischen Militärs Vorschub leistet.“

Angriffe auf Spitäler

Laut Angaben der Gesundheitsbehörde von Idlib wurden zwischen Dezember 2019 und Februar 2020 in Idlib und Aleppo zehn medizinische Einrichtungen durch russische und syrische Angriffe beschädigt bzw. zerstört. Dabei wurden neun Angehörige des medizinischen Personals und andere Mitarbeiter*innen getötet. Dutzende weitere medizinische Einrichtungen sahen sich gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Amnesty International hat Angriffe dokumentiert, die zur Schließung von fünf Spitälern in den von bewaffneten Oppositionsgruppen kontrollierten Gebieten führten.

Drei russische Luftschläge wurden am 29. Jänner 2020 in der Nähe des al-Shami-Hospitals in Ariha ausgeführt. Ein überlebender Arzt beschrieb, dass durch die Angriffe mindestens zwei Wohngebäude unweit des Spitals zerstört

wurden; 11 Zivilist*innen wurden getötet und über 30 verletzt. Unter den Toten war auch einer seiner Kollegen. „Ich fühlte mich so hilflos. Mein Freund lag im Sterben, draußen schrien Frauen und Kinder“, sagte er und fügte hinzu, dass der syrische Zivilschutz (*Weißhelme*) zwei Tage gebraucht habe, um die Leichen aus den Trümmern zu bergen.

Auf der Grundlage übereinstimmender Aussagen von Zeug*innen und anderer glaubwürdiger Informationen – vor allem Beobachtungen sogenannter Planespotter – kommt Amnesty International zum Schluss, dass russische Streitkräfte für diesen rechtswidrigen Angriff verantwortlich waren.

Angriffe auf Schulen

Laut Angaben der syrischen NGO Hurras Network (Syrian Child Protection Network) wurden bei Luftschlägen und Bodenangriffen im Jänner und Februar 2020 insgesamt 28 Schulen getroffen. Am 25. Februar wurden an einem einzigen Tag zehn Schulen angegriffen. Dabei kamen neun Zivilist*innen ums Leben.

Amnesty International hat Recherchen zu sechs Angriffen in diesem Zeitraum durchgeführt, darunter zum Abwurf von Fassbomben und vom Boden abgefeuerter Streumunition auf zwei Schulen am 25. Jänner sowie am 28. Februar 2020.

Eine Lehrerin schilderte Amnesty International einen Angriff: „Ein [Streubomben-] Geschoss explodierte vor meinen Füßen, Haut und Fleisch platzen auf ... der Schmerz war unerträglich ... Ich spürte eine solche Hitze, als würden meine Füße verbrennen. Zwei Schülerinnen waren in diesem Moment bei mir. Eine war sofort tot, die andere überlebte wie durch ein Wunder. Ich bin sicher, dass es Streumunition war, weil ich mehrere Explosionen hörte. Ich kenne das Geräusch von Streumunition sehr gut. Du hörst eine Serie von mehreren Explosionen. Als ob aus dem Himmel kein Wasser, sondern Granatsplitter regnen würde.“

Die Recherchen von Amnesty International zeigen, dass es sich

bei den hier beschriebenen Geschossen um 9M27K-Frachtraketen mit einem Kaliber von 220 mm handelte, die in Russland hergestellt und an die syrische Armee geliefert wurden. Sie enthielten 9N210- oder 9N235-Streumunition. Streumunition ist nach dem Völkerrecht verboten.

Umfassende Beweise belegen Aussagen von Zeug*innen

Amnesty International hat für den Bericht 74 Personen interviewt, darunter Binnenvertriebene, Lehrer*innen, Ärzt*innen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen. Die Aussagen der Zeug*innen werden nicht nur durch Video- und Fotoaufnahmen untermauert, sondern auch durch Expert*innenanalysen von Satellitenbildern, Berichte von Planespottern vor Ort sowie durch abgehörte Kommunikation von russischen und syrischen Luftstreitkräften.

Die Aufnahmen aus den Cockpits liefern Beweise dafür, dass das russische Militär an mindestens einem rechtswidrigen Angriff auf ein Spital beteiligt war, das danach seine Arbeit einstellen musste.

Kriegsverbrechen & gezielte Angriffe gegen Zivilist*innen

Die in dem Bericht dokumentierten Fälle zeigen beispielhaft, dass die syrischen und russischen Streitkräfte nach wie vor gezielt Angriffe gegen Zivilist*innen und zivile Ziele verüben. Dabei handelt es sich um Verletzungen des humanitären Völkerrechts, auf dessen Grundlage die Parteien in einem bewaffneten Konflikt zwischen militärischen Zielen und kämpfenden Personen auf der einen Seite und zivilen Zielen und Zivilist*innen auf der anderen Seite unterscheiden müssen. Nur die erstgenannten dürfen angegriffen werden.

Es handelt sich bei diesen Attacken außerdem um Kriegsverbrechen: Diejenigen, die derartige Verbrechen anordnen oder begehen, sind strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Spitäler und andere medizinische Einrichtungen, medizinisches Personal und Kinder dürfen nicht nur nicht angegriffen werden, weil sie einen zivilen Status haben,

sondern müssen in einem bewaffneten Konflikt besonders geschützt werden.

Viele der medizinischen Einrichtungen, die angegriffen wurden, standen zudem auf einer Liste der UNO als Nichtangriffsziele. Diese Liste war den russischen, türkischen und US geführten Koalitionstruppen zugesandt worden, um zu zeigen, welche Ziele nicht angegriffen werden dürfen.

Lebenswichtige humanitäre Hilfe darf nicht eingestellt werden
Im Juli 2014 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat einstimmig eine [Resolution](#), die humanitäre Unterstützung im Nordwesten Syriens und in anderen Gebieten, die von bewaffneten Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ermöglicht. Dafür ist keine Zustimmung der syrischen Regierung erforderlich. Diese Resolution ist seit 2014 wiederholt verlängert worden, wenn auch in den vergangenen Jahren unter Schwierigkeiten und im Jänner 2020 mit Einschränkungen. Nun droht die Resolution am 10. Juli 2020 auszulaufen.

Syrien und seine Verbündeten wollen diese Unterstützungsregelung beenden und Hilfslieferungen stattdessen über Damaskus senden. Das würde es der UNO und Partnerorganisationen erschweren, Hilfe zeitnah und nachhaltig zu verteilen.

Die syrische Regierung hat immer wieder versucht, die Hilfslieferungen durch bürokratische Hindernisse einzuschränken. Sie hat zudem Mitarbeitende von Hilfsorganisationen auf „schwarze Listen“ gesetzt und jene verfolgt, die mit Oppositionellen in den von diesen gehaltenen Gebieten in Verbindung gebracht wurden. Bewaffnete Gruppen wie Hay'at Tahrir al-Sham haben ebenfalls humanitäre Organisationen daran gehindert, ihrer Arbeit effizient nachzugehen.

„Vertreter*innen der UNO bezeichnen Idlib bereits als humanitäre ‚Horror-Geschichte‘ – diese wird sich noch

verschlimmern, wenn der Sicherheitsrat nicht über die politischen Interessen der Konfliktparteien hinausblickt und diese lebenswichtige humanitäre Unterstützungsmöglichkeit beibehält“, sagt Heba Morayef.

Vertreibung und katastrophale Lebensbedingungen

Aufgrund der jüngsten Angriffe auf Idlib mussten zwischen Dezember 2019 und März 2020 nahezu eine Million Menschen – mehr als 80 Prozent davon Frauen und Kinder – in Gebiete in der Nähe der türkischen Grenze fliehen.

Eine Mutter von drei Kindern, deren Familie in den vergangenen acht Monaten zweimal vertrieben worden war, sagte Amnesty International: „Mein Tochter, die in die erste Klasse geht, hat ständig Angst ... Sie fragte mich [nachdem wir vertrieben worden waren]: ‚Warum tötet Gott uns nicht?‘ ... Wir sind nirgendwo sicher.“

Diese Menschen, die sich auf einer immer kleiner werdenden Fläche zusammendrängen, leben unter unmenschlichen Bedingungen ohne ausreichende humanitäre Unterstützung. Hilfe ist dringend notwendig und muss über einen längeren Zeitraum garantiert werden. Die globale Coronakrise erschwert die humanitäre Hilfe für die Menschen in der Region zusätzlich. Eine Ausbreitung der Pandemie könnte fatale Folgen haben. In den überfüllten Flüchtlingslagern sind Schutzmaßnahmen kaum möglich und das bereits schwer gebeutelte Gesundheitswesen ist in keiner Weise für eine Pandemie ausgerüstet.

Bei Fragen oder zur Vermittlung von Interviews stehen wir gerne zur Verfügung. presse@amnesty.at

Amnesty International Österreich

Presseteam

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

T: [+43 664 2359138](tel:+436642359138) / [+43 664 4001056](tel:+436644001056)

presse@amnesty.at

Podiumsdiskussion: Unerhört(?)! Islamischer Feminismus und soziale Kämpfe in der arabischen Welt

Nach der Niederschlagung der Revolten in der arabischen Welt im Jahr 2011 hat sich keine Friedhofsruhe über die Region gelegt. Die Protestbewegungen im Sudan, in Algerien, Marokko, Tunesien, im Irak oder dem Libanon haben in jüngerer Zeit bewiesen, dass die zentralen Forderungen nach einem würdevollen Leben, politischer Partizipation und sozioökonomischer Gerechtigkeit nach wie vor allgegenwärtig sind. Vielfach richten sich die aktuellen sozialen Bewegungen gegen politische Eliten, die sich selbst als islamisch präsentieren.

In den Protesten sind die verschiedenen Fraueninitiativen nicht nur präsent, sondern führen sie oftmals an. Was bedeutet dies im Zusammenhang mit islamischen Fraueninitiativen bzw. islamische Feminismen? Inwiefern entwickeln sie eine islamisch feministisch begründete Kritik an den herrschenden Verhältnissen und den politischen Eliten im arabischen Raum? Wie sehr werden islamische feministische Initiativen auch bei uns wahrgenommen und diskutiert?

Diese und andere Fragen werden im Rahmen einer Podiumsdiskussion organisiert vom VIDC (Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit) diskutiert.

Zeit und Ort

Donnerstag, 5. März 2020

19:00 – 21:00 Uhr

Hauptbücherei – Am Gürtel, Urban-Loritz-Platz 2a, 1070 Wien

Am Podium

Fatima Sadiqi

ist Professorin für Linguistik, Gender und Women Studies an der Sidi Mohamed Ben Abdellah University in Fez und der Al Akhawayn University in Ifran (Marokko). Ihr Forschungsschwerpunkt erstreckt sich von Nordafrika bis in den Mittleren Osten. Zu ihren zahlreichen Veröffentlichungen zählen „Women, Gender and Language“ (Brill, 2003), „Women’s Activism and the Public Sphere Local/Global Linkages“ (Journal of Middle East Women’s Studies, 2006), „Women and Knowledge in the Mediterranean“ (Routledge, 2013), „Moroccan Feminist Discours“ (Palgrave Macmillan, 2014) und „Women’s Movements in Post – ‚Arab Spring‘ North Africa“ (2016). Fatima Sadiqis Arbeit wurde durch zahlreiche renommierte Preise und Stipendien der Harvard University, des Woodrow Wilson Center, des Bellagio Center der Rockefeller Foundation und von Fulbright unterstützt. Derzeit ist sie Mitglied des Redaktionsausschusses der Oxford Encyclopedia of African Women’s History.

Elif Adam

ist Antirassismus-Aktivistin und pädagogische Mitarbeiterin von Minor-Projektkontor für Bildung und Forschung in Berlin und im politischen Bildungsprojekt „Demokratie, Religion und Vielfalt diskurse – ein Spannungsverhältnis?!“ der Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland tätig. Sie studierte Kultur- und Sozialanthropologin und ist Mitbegründerin der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus, welche insbesondere betroffene Frauen unterstützt. Elif Adam verfolgte 2019 die sozialen Proteste im Sudan vor Ort.

Helmut Krieger

ist Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Senior Lecturer am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien sowie Konsulent von VIDC Global Dialogue.

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Entwicklungspolitiken in Kriegszonen, der Antagonismus Israel-Palästina, Bewegungen des politischen Islam in der arabischen Welt, kritische Staatstheorien und postkoloniale Theoriebildung. Aktuelle Veröffentlichungen sind unter anderem die Ausätze „Globale Ungleichheit und die Debatte um imperiale Herrschaft“ (2019) sowie „Nicht zu verwischende Spuren. Zur Dialektik von Revolution und Konterrevolution in der arabischen Welt“ (2017).

Des Weiteren ist er Leiter des von der ADA geförderten Forschungsprojekts „Knowledge Production in Times of Flight and War – Developing Common Grounds for Research in/on Syria (KnowWar)“, einer Kooperation zwischen der Universität Wien, dem Syrian Center for Policy Research, der Birzeit University in der West Bank, der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt und Mousawat, Beirut.

Magda Seewald

ist seit 2005 Projektreferentin am VIDC mit einem regionalen Fokus auf die arabische Region, insbesondere Palästina. Zudem koordiniert sie die VIDC Global Dialogue-Reihe zu den Umbrüchen in der arabischen Welt. Als eine der Genderreferentinnen von VIDC Global Dialogue betreut sie den Bereich Gendersensibilisierung von Männern. Magda Seewald ist eine der Mitbegründer*innen des Netzwerks „REloading Feminismus“. Ihre letzte Veröffentlichung als Mitherausgeberin ist der Sammelband „Krise, Revolte und Krieg in der arabischen Welt“ (2017, gemeinsam mit Helmut Krieger und VIDC).

Anmeldung: seewald@vidc.org

Interviewmöglichkeit: Flutra Gorana (Libanon) zu Bildung in Krisengebieten durch Technologie

264 Millionen Kinder weltweit haben derzeit keinen Zugang zu (Basis-)Bildung. Doch diese ist Grundstein für ein gutes Leben. Die Organisation **War Child** arbeitet in fragilen Staaten und in Kriegsgebieten (Libanon, Jemen, Sudan, Jordanien) mit Kindern und Jugendlichen. Dabei setzen sie auf Technologie: mit einem speziellen Lernprogramm und Tablets wird **medienpädagogisch** an die **Basisbildung in Flüchtlingsunterkünften** herangegangen. Die Struktur eines täglichen Schulbesuchs bietet Halt in einer unsicheren und zerstörten Umgebung.

Am **27. November** steht ist **Flutra Gorana**, Senior Programme Manager bei War Child Libanon für Einzelinterviews zur Verfügung. Das Interview wird auf Englisch (ohne Übersetzung) in der Laudongasse 40, 1080 Wien bzw. auf Wunsch in Ihren Räumlichkeiten stattfinden.

Flutra Gorana ist als Rednerin bei der Entwicklungspolitischen Tagung der Stadt Wien zum Thema **Nachhaltige Entwicklung braucht Bildung für ALLE**, am **28. November** zu Gast in Wien.

Mehr Information zur Expertin finden Sie [hier](#).

Mehr Infos zum Programm der Tagung im Rathaus am 28.11., 16:00h – 19:30h finden Sie [hier](#).

Veranstalter: Stadt Wien in Kooperation mit Südwind

Kontakt und Rückfragehinweis:

Olivia Tischler, Regionalstelle Wien

Tel.: 0680 21 28 112

E-Mail.: olivia.tischler@suedwind.at

www.suedwind.at

IM NORDOSTEN SYRIENS: KEIN KRIEGSENDE IN SICHT

Wie es um Krieg und Frieden in Syrien steht hat Politik-Experte [Leo Gabriel](#) beim einem Internationalen Forum vor Ort recherchiert.

Fotomaterial auf Anfrage: lgabriel@gmx.net

Im Juli 2019 lud das Rojava Center for Strategic Studies (NRLS) zum „Internationale Forum zu ISIS: „Dimensionen, Herausforderungen und Konfrontationsstrategien“ statt. Mehr als 200 PolitikerInnen, ForscherInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Institutionen aus mehreren Ländern (u.a. aus Europa und den USA) kamen dazu in der Stadt Amude im von der kurdischen Selbstverwaltung kontrollierten Teil Nord- und Ostsyriens, das hierzulande Rojava genannt wird, zusammen. Im Mittelpunkt des Forums stand die durch schlagkräftige Beweise erhärtete These, dass die Regierung Erdogan unter dem Vorwand, die kurdische Aufstandsbewegung PKK zu unterstützen, der ISIS (islamischer Staat) von Anfang an, also ab 2015 Vorschub geleistet hatte.

ISIS und die Türkei: eine unheilige Allianz

Aus den zahlreichen Redebeiträgen, Diskussionen, schriftliche Stellungnahmen und Videobotschaften ging hervor, dass die türkische Armee und deren Geheimdienste beim Kampf um die an der türkisch-syrischen Grenze gelegene Stadt Kobane im September 2014 an ISIS nicht nur Waffen geliefert und Rückendeckung geleistet hatte, sondern Bomben- und

Selbstmordanschläge, von denen sie Kenntnis hatten, nicht verhindert hatten. Die kurdischen TeilnehmerInnen würdigten die Vorreiterrolle der kurdischen Volks- und Frauenschutzeinheiten (YPG und YPJ) sowie der aufständischen syrischen demokratischen Streitkräfte (SDF) bei der Vertreibung der ISIS, der an die 11 000 KämpferInnen zum Opfer gefallen waren.

Ein besonderes Augenmerk galt bei den Diskussionen den an die 40 000 gefangenen IS-KämpferInnen, für die laut französischen ExpertInnen ein eigener Gerichtshof unter internationaler Aufsicht eingerichtet werden könnte. Das wäre jedoch auf Grund des russischen Vetos im Sicherheitsrat kaum durchzusetzen. „Zumindest sollten die ausländischen IS-Kämpferinnen und Kämpfer an die Justizbehörden ihrer Ursprungsländer ausgeliefert werden“, war die allgemeine Forderung.

Brennpunkt Idlib

Wer jedoch gemeint hat, dass mit der Niederlage der ISIS an nahezu allen Fronten Syriens und des Irak der nun schon sieben Jahre währende Krieg zu Ende wäre und die syrischen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten, irrt. Seit April diesen Jahres ist nämlich die Schlacht und das Schlachten um die Stadt Idlib wieder voll im Gange. Laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen soll es 33 Massaker mit insgesamt über 1 300 toten ZivilistInnen gegeben haben, die auf das Konto der syrischen Armee und der russischen Luftwaffe gehen sollen. Idlib ist jene inzwischen auf 2,5 Millionen EinwohnerInnen angewachsene Stadt, in der ein Großteil der Aufständischen von der ehemaligen Free Syrian Army (FSA) und der islamistischen Al Nusra Zuflucht genommen hatten. Gleichzeitig sind auch die Kämpfe in den Vororten von Homs und Aleppo wieder aufgeflammt, weil die zwischen Russland und der Türkei ausgehandelten Vereinbarungen zur Errichtung einer Sicherheitszone (noflyzone) nicht gehalten haben.

Déjàvu um Kobane

Auch in Kobane, jener Kurdenstadt westlich des Euphrat, die sich seinerzeit so tapfer gegen die ISIS geschlagen hat (siehe oben), gibt es wieder dicke Luft. Wieder einmal droht die türkische Armee unter Erdogan mit einem Einmarsch ähnlich jenem, den sie vor zwei Jahren auf die im äußersten Westen von Rojava gelegene Stadt Afrín durchgesetzt hatte. Das Rojava Center for Strategic Studies (NRLS) hat die Weltöffentlichkeit auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und lädt internationale JournalistInnen dazu ein, den KurdInnen in dieser schweren Stunde durch ihre Berichterstattung beizustehen.

Vortrag und Interviewmöglichkeit: Human Rights Research on the Frontlines – mit Anna Neistat

Amnesty International lädt herzlich zum Vortrag **Human Rights on the Frontlines** von **Anna Neistat** ein: Neistat leitet die globale Rechercheabteilung bei Amnesty International und hat jahrelang in zahlreichen Krisengebieten recherchiert und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert – unter anderem in Syrien und Afghanistan.

Anna Neistat steht außerdem rund um den 14. März für **Interviews** in Wien zur Verfügung. Bei Interesse melden Sie sich bitte bei der Pressestelle:
www.amnesty.at/presse

Wann: 14. März 2018, 19:00 Uhr

Wo: Die Angewandte, Stubenring 3, 1010 Wien

Weitere Informationen zur 5-teiligen Veranstaltungsreihe **Women*Human Rights Defenders** und Anmeldung unter <https://www.amnesty.at/de/events/>

Joe Abi Harb – Fair Trade Lebanon | Laurette Gerges – Frauenkooperative Fourzol zu Gast in Wien

Interviewmöglichkeiten am 15. und 16. Mai im Weltladen Lerchenfelder Straße

Aus Anlass des **World Fair Trade Day/Weltladentages** am 13. Mai und den Weltladen-Schwerpunktwochen vom 8.-21. Mai zum Thema „Fairer Handel schafft Perspektiven“ befinden sich auf Einladung von EZA Fairer Handel und Weltläden **am 15. und 16. Mai zwei Gäste aus dem Libanon zu Besuch in Wien:** Joe Abi Harb von Fair Trade Lebanon und Laurette Gerges von der Frauenkooperative Fourzol.

Weitere Informationen zu Fair Trade Lebanon unter:

<http://www.fairtradelebanon.org/>

<http://www.eza.cc/fair-trade-lebanon>

Mögliche Gesprächstermine:

Montag, 15. Mai 2017 zwischen 10.30 -12.00 oder 12.00 -13.30

Dienstag, 16. Mai 2017 zwischen 10.30 -12.00 oder 12.00 -13.30

Anfrage: andrea.reitinger@eza.cc , T: 0664 8545088

HINTERGRUND

„Fair Trade Lebanon gibt vielen libanesischen Kooperativen Hoffnung und Unterstützung, dass sie ihre lokalen Produkte verkaufen können. Das ermutigt Bauern und Bäuerinnen in ihren Dörfern zu bleiben und verhindert Landflucht.“ Joe Abi Harb, Fair Trade Lebanon

KleinproduzentInnen im Libanon werden – so Fair Trade Lebanon – mit ihren Problemen mehrheitlich allein gelassen und stehen mit billigen Lebensmittelimporten in einem unfairen Wettbewerb. Das führt zu verstärkter Abwanderung. Dazu kommt die besondere geopolitische Lage des Libanon, der an Israel und Syrien grenzt. Auf einer Fläche etwas kleiner als Oberösterreich leben neben 4,5 Millionen LibanesInnen rund 2 Millionen Flüchtlinge.

In diesem schwierigen Kontext arbeitet die **libanesishe Vermarktungsorganisation Fair Trade Lebanon**. Sie kooperiert seit 2006 mit Genossenschaften, Familienbetrieben und Kleinstunternehmen in verschiedenen Regionen des Landes und unterstützt sie bei der Vermarktung landestypischer Produkte – darunter viele Hülsenfrüchte. So entstehen Einkommensmöglichkeiten und Perspektiven, die auch der Landflucht vorbeugen.

Die Frauenkooperative Fourzol aus Zahlé in der Bekaa-Region stellt u.a. Hummus, einen veganen Aufstrich auf Kichererbsenbasis her. Die Bekaa-Region ist aber auch der Ort im Libanon, wo besonders viele Schutzsuchende aus Syrien gelandet sind. Fair Trade Lebanon versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten, mit dieser Situation konstruktiv umzugehen. In Kooperation mit den Vereinten Nationen (UN Women) und dem libanesischen Sozialministerium startete **die Organisation ein Programm, bei dem geflüchtete syrische Frauen** etwa in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte geschult werden. Dies erfolgt auch in Kooperation mit Gruppen, die bereits mit Fair Trade Lebanon zusammenarbeiten, darunter die Kooperative Fourzol. Bisher konnten über 300 geflüchtete Frauen geschult werden.

Joe Abi Harb (Fair Trade Lebanon) und Laurette Gerges (Kooperative Fourzol) berichten über die Anliegen von Fair Trade Lebanon und den Alltag der ProduzentInnen. Sie erzählen von Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich dem Elend anderer nicht verschließen. Und sie erzählen von wertvollen Produkten, die nicht nur Teil der libanesischen Kochtradition sind, sondern auch für eine gesunde Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft stehen.

In den Weltläden und bei EZA Fairer Handel gibt es zahlreiche Produkte von Fair Trade Lebanon, darunter verschiedene Hummus Varianten, rote Linsen, Kichererbsen und Bohnen. Sie werden direkt von EZA Fairer Handel importiert, die Handelspartnerschaft mit Fair Trade Lebanon besteht seit 2013.

Syrien zwischen Mythos und Realität



Azas bei Aleppo 2014, Foto © Leo Gabriel

am 15.05.2017

19.00 Uhr

Ort: transform! europe Lokal Gusshausstr. 14, 1040 Wien
Veranstalter: SPERANZA

eine multimedia-cooking-Performance von SPERANZA über ein Land jenseits von Blut und Tränen

Dieses Mal: Eine Gruppe von syrischen KünstlerInnen, die in ihrem Land als Kalligraphen, Schriftsteller, MusikerInnen,

Filmemacher und KöchInnen groß geworden sind, präsentieren erlesene kulinarische und künstlerische Kostproben ihres Schaffens und gehen dabei der Frage nach ihrer Identität in diesem multikulturellen Land auf den Grund, das aus den Schlagzeilen heute nicht mehr wegzudenken ist.

Durch den vielfältigen Abend führen der syrische Schauspieler Saad Al Ghefari und Leo Gabriel

"We are a group of Syrian artists, trying to present another story for another truth. Not the typical stereotyped one, the media and the news have been producing forever. It is not their story too, it's a story of Syria. An ancient place that faced a lot of horror a lot of wars, a lot of betrayals for thousands of years; a lot of good kings and bad presidents, a lot of golden days and black ones. Simply it's a country like any country, same story deferent Tyrant. No one is safe no country no land. You don't know, when is your turn. The Tyrants factory is still running and you don't know when or how he is going to be your god, king, prime minister or a normal president. The point is there is always another story another truth that you don't know. In our story there is laugh and dance, pantomime and music and of course a delicious food. It is a cultural meal that will uncover the Vail of Syria. It is simply Syria between prejudice and reality." – Saad Al Ghefari

PROGRAMM

- Begrüßung und Vorstellung der kunstgewerblichen Mitwirkenden, die während der cooking show ihre Werke herstellen
- Einführung in die syrische Kulturgeschichte an Hand einer Diaschau
- Syrischer Lautenspieler
- Lesungen von Dichtung und Prosa (arabisch und deutsch)
- Video über die Stereotypen von ÖsterreicherInnen über Syrien
- Kurzfilm über das Kurdengebiet im Norden Syriens
- Gesang mit Oud-Begleitung

- Gemeinsamen Abendessen, Syrische Speise. Anschließend Diskussion

DIE MITWIRKENDEN

SchriftstellerInnen:

Oula al Khatib graduierte Dramaturgin aus einer Vorstadt von Damascus und **Mohamad Khalil** Autor und Literaturwissenschaftler aus Qamischli präsentieren eigene Gedichte und Essays.

Kalligraphin:

Lama Andoura aus Damascus zeichnet Kufa, die älteste arabische Schriftform

MusikerInnen:

Basma Jabr, Sängerin und Cantautorin, geboren in Kuwait und aufgewachsen in Damascus und

Orwa Saleh, Oud-Spieler (arabisches Saiteninstrument), Schüler von Chabel Rouhana (Beirut) und Askar Ali Akbar (Damascus);

Mohamed Abdul Rahman, Lautenspieler aus Aleppo

Filmmacher:

Aladin Nakshbandi, Filmmacher und Kommunikationsexperte, Direktor der SMART-Academy in Wien, und

Leo Gabriel, Sozialanthropologe und Journalist aus Wien, Koordinator von www.peaceinsyria.org

Kochkunst und Kunsthandwerk:

Redwan Abdelly, Informatiker und leidenschaftlicher Koch aus Damaskus und Nabil Andoura, Seifenproduzent aus Aleppo.

SPERANZA ist eine 2016 in Wien gegründete Plattform zum kreativen Austausch von KünstlerInnen, AktivistInnen und FlüchtlingshelferInnen mit und ohne Fluchterfahrung. Die Gruppe trifft sich regelmäßig, um gemeinsame Projekte zu planen und vorhandene zu vernetzen. Sie wirft aktuelle Fragen und Aufgaben zu Grenzregimen, Pädagogik, Sozialarbeit, Kunst/Kultur und politischem Theater auf und entwickelt künstlerische Ausdrucksformen dafür. „Aufgetischt!“ ist das erste gemeinsame Performanceformat. „Aufgetischt!“ präsentiert

eine Serie theatraler Kochperformances, die kulturelle und kulinarische Genüsse kreativ verbinden. Das neue Format bringt politische Inhalte auf lustvolle Weise unters Publikum, bietet eine Arena für Begegnung und Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Herkunft – mit dem Ziel, die Beteiligten zu politischen Verbündeten zu machen. An je einem Abend kochen geflüchtete Kulturschaffende Speisen aus ihren Herkunftsländern, erzählen ihre Geschichte/n und performen dazu.

Kontakt und Impressum: E. Brenner/A. Munninger, FLEISCHEREI_mobil, Märzstr. 156/40, 1140 Wien, www.experimentaltheater.com. Kartenreservierung: Andrea Munninger, office@experimentaltheater.com, 069919900952

Nähere Infos: office@experimentaltheater.com
<http://www.experimentaltheater.com>

Journalisten auf der Flucht



Die Veranstaltungsreihe #METalks hatte schon die unterschiedlichsten Medienmenschen aus aller Welt zu Gast (im Bild: die ugandische Journalistin und Bloggerin Rosebell Kagumire

mit Sybille Hamann). Im April wird es um Syrien gehen. Foto: Institut für Journalismus & Medienmanagement/FHWien

Am 11.4. findet die nächste Runde der Gesprächsreihe #MEtalks statt, dieses Mal mit in Österreich lebenden syrischen Journalisten.

Der Bürgerkrieg in Syrien zwischen dem Assad-Regime und Rebellen-Gruppen dauert seit mittlerweile fünf Jahren an und hat ein katastrophales Ausmaß an Gewalt und Zerstörung erreicht. Hunderttausende haben in den vergangenen Jahren das Land verlassen und leben in Jordanien, der Türkei oder in EU-Ländern. Unter den Geflüchteten sind auch Journalisten wie **Saleh al-Omar und Jihad Nour Eddin Hussari**. Vor ihrer Flucht aus Syrien arbeiteten die beiden Männer in Aleppo und Damaskus in Medienunternehmen. Doch wie funktioniert heute Journalismus in einem weitgehend zerstörten Land wie Syrien? Welche Medien werden noch produziert – und gibt es überhaupt noch so etwas wie unabhängigen Journalismus im Land? Im Gespräch mit der österreichischen Journalistin Rubina Möhring erzählen **Saleh al-Omar und Jihad Nour Eddin Hussari** von den Möglichkeiten und Grenzen des Journalismus in ihrer Heimat und von den Herausforderungen, mit denen sie seit der Flucht nach Österreich konfrontiert sind.

Moderation: Rubina Möhring
Dolmetscherin: Nermin Ismail

Wann: 11.04.2016

Uhrzeit: 18:30 Uhr

Wo: FHWien der WKW, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien, Raum B002

Um Anmeldung zur Veranstaltung wird gebeten! [Hier geht's zur Anmeldung](#)

„Journalisten auf der Flucht“ ist eine Veranstaltung der Reihe „Medien & Entwicklung“ in Kooperation mit der ISJE- Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik, der FH Wien der WKW und dem fjum_forum journalismus und medien wien.

Der illegale Handel mit Kulturgütern

Kaum beachtet, aber ein Riesengeschäft: Mit geraubten Antiken werden Milliarden gemacht.

Aktuell kommen sie oft aus Syrien (Stichwort Palmyra), dem Irak oder Ägypten: Antike Objekte werden oft geraubt und aus den Herkunftsländer geschmuggelt. Vieles landet in Europa, nicht zuletzt in Wien. Der Handel mit Statuen, Mosaiken etc. ist ein „big business“.

Wie aktuelle Berichte zeigen, wird der Umsatz auf sechs bis acht Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Den ErmittlerInnen sind oft die Hände gebunden: Wenn die Polizei Objekte in die Hände bekommt ist es laut Bundeskriminalamt meist nicht möglich, nachzuweisen, dass sie geraubt und geschmuggelt wurden.

Aber es tut sich was, auch in Österreich: ArchäologInnen, JuristInnen und KulturfahnderInnen vernetzen sich, um besser aktiv werden zu können. Und: Es wurde ein neues [Gesetz](#), das Kulturgüterrückgabegesetz, auf den Weg gebracht, das Abhilfe schaffen soll.

Nur: Das Gesetz wird von vielen ExpertInnen heftig kritisiert. Beispiel Aufzeichnungen: Nachweise von Erwerbungen müssen

demnach nur sieben Jahre lang aufbewahrt werden. HändlerInnen illegaler Ware könnten ganz einfach darauf verweisen, dass der Erwerb länger als sieben Jahre zurückliegt, befürchtet etwa das Bundeskriminalamt (BK). Das BK hatte gefordert, dass diese Aufbewahrungsfrist zumindest auf 30 Jahre ausgeweitet wird. Ist das neue Gesetz also eine vertane Chance?

Infos dazu:

[Artikel](#) im Südwind-Magazin

[Sendereihe](#) auf Ö1 von 7.3.-11.3. (9:30 Uhr jeweils) zum Nachhören

[Buch](#) „Das schmutzige Geschäft mit der Antike -Der globale Handel mit illegalen Kulturgütern“ von Günther Wessel

[Andreas Schmidt-Colinet](#), ist Archäologe, der sich schon lange mit der Thematik beschäftigt – er lebt u.a. auch in Wien und hat in Palmyra geforscht.

[Kulturgutfahndung im Bundeskriminalamt](#)

[Forschungsgesellschaft Kunst & Recht](#) (arbeitet immer wieder zu rechtlichen Aspekten, u.a. im „Bulletin Kunst & Recht“)

Weitere Infos & Kontakte auf Anfrage!

[Neue Daten zur PR-Maschine der Saudis](#)

Saudi-Arabien gibt laut US-Report jährlich rund 7 Millionen von Dollar aus, um sein Image im Westen aufzupolieren.



Berichten westliche Medien zu Gunsten von Saudi-Arabien? PR-Firmen in den USA setzen jedenfalls alles daran. Artikel in der New York Times zur Hinrichtung des Scheiches Nimr Baker al-Nimr vom 4. Jänner 2016

Saudi-Arabien gerät immer wieder international in die Kritik. Etwa wegen der Inhaftierung und Folter des Bloggers [Raif Badawi](#).

Anfang des Jahres machte die Meldung Schlagzeilen, dass das saudische Königshaus 47 Häftlinge auf einem Schlag [exekutieren ließ](#). Unter anderem wurde dabei der prominente [schiitische geistliche Scheich Nimr Baker al-Nimr](#) hingerichtet, was zu einem Aufschrei weltweit führte, vor allem vieler Schiiten.

Der US-Finanzreporter [Eli Clifton](#) trug in einem [Beitrag](#) für den Blog LobeLog Daten zusammen. Demnach investiert Saudi-Arabien 6,8 Mio. Dollar im Jahr in PR-Firmen in den USA, um in der Öffentlichkeit möglichst positiv dazustehen.

Beispiel Nimr. Laut Clifton machte die PR-Maschine des saudischen Königshauses „alles was es kann, um die Exekution ... irgendwie nach einem Fehler anderer zu machen und nur nicht von Saudi-Arabien“.

Wie schaut das konkret aus? Clifton verweist auf einen Artikel

in der New York Times, in dem der saudische Kommentator Salman al-Ansari zu Wort kommt. Al-Ansari beschuldigte laut NYT Scheich Nimr „ein ,Terror-Netzwerk in schiitischen Regionen im Osten Saudi-Arabiens zu organisieren“. Im Artikel erwähnt wird, dass Al-Ansari durch die PR-Firma [The Podesta Group](#) unterstützt wird, die wiederum Auftragnehmer der saudischen Regierung ist.

Öffentlich zugängliche Dokumente des [US-Justizministerium](#) zeigen, dass die Podesta Gruppe etwa im Zeitraum August bis September für “Public Relations Services” 200.000 Dollar vom „Center for Studies and Media Affairs at the Saudi Royal Court“ [bekommen hat](#).

Laufende Aufträge. Der größte Auftragnehmer, den Clifton in seinen Recherchen gefunden hat, ist die [Qorvis/MSLGroup](#). Sie hat 240.000 Dollar monatlich erhalten. Die Dienste: Pressenotizen, Newsletter, Factsheets sowie Reden, die Saudi-Arabien und sein Commitment im Anti-Terror-Kampf und bezüglich Frieden im Nahen Osten anpreist.

Geht man davon aus, dass die Aufträge dauerhaft sind, wovon Clifton überzeugt ist, gibt Saudi-Arabien insgesamt 565.000 Dollar pro Monat für PR & Lobbying in Washington aus, rund 6,8 Mio. Dollar im Jahr. **red**

Ever wonder why the US seems to back Saudi Arabia no matter what it does? <https://t.co/jzDTgvQVQ1pic.twitter.com/qN9hNzySyF>

– LobeLog (@LobeLog) [8. Januar 2016](#)